



An die
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 29. Januar 2019

**Politischer Bericht für die Sitzung der Bundestagsfraktion
am 29. Januar 2019**

Inhalt

| | |
|---|----------|
| 1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE..... | 2 |
| 2. ZUR LAGE..... | 3 |
| 3. ZUR WOCHE..... | 5 |
| TOP 3: Jahreswirtschaftsbericht 2019 – Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum weiterhin positiv | 5 |
| TOP 5: Kultur in ländlichen Räumen stärken | 6 |
| TOP 7: Stromnetze für die Energiewende | 7 |
| TOP 9 und 10: Vorbereitungen für unregelmäßigem Brexit treffen | 7 |
| TOP 16: Debatte zu Forschungspolitik | 8 |

1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE

Europa / Brexit

Das Brexit-Desaster in Großbritannien zeigt, wohin Populismus und Spaltung führen. Wohlstand und Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Die vielen normalen Bürgerinnen und Bürger werden die Last tragen müssen. Deshalb hoffen wir darauf, dass Vernunft und Verantwortung siegen. Unsere Botschaft zur Europawahl in diesem Jahr ist deshalb ganz klar: Populismus ist das Problem, Europa ist die Antwort. Denn nur gemeinsam sind wir stark. Das ist Politik für ein solidarisches Land!

Die Zukunft gestalten / Strukturwandelkommission

Wir wollen die Klimaziele erreichen. Dafür müssen alle an einem Strang ziehen. Das wird nur gelingen, wenn die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Familien und ihre Heimatregionen eine gute Zukunftsperspektive haben. Die Kohlekommission hat ihre Vorschläge dazu nun vorgelegt und zeigt wie gut es ist Betroffene zu Beteiligten zu machen. Der gefundene Konsens, ist das Fundament für einen erfolgreichen Weg zum Kohleausstieg, der Klimaschutz und die Interessen der Arbeitnehmer in den Regionen verbindet.

Mindestausbildungsvergütung

Auszubildende sind die Zukunft der Betriebe in unserem Land. Sie lernen und packen mit an. Und sie haben eine ordentliche Bezahlung verdient. Deshalb haben wir die Mindestausbildungsvergütung in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt. Der Gesetzentwurf der CDU-Bildungsministerin Karliczek ist unzureichend. Wer die Berufsausbildung stärken will, darf die Auszubildenden nicht schlechter behandeln als Schüler. Wir erwarten, dass sie ihren Entwurf korrigiert. Die Mindestausbildungsvergütung muss an der Tarifentwicklung anknüpfen und damit daran, was Betriebe ihren Auszubildenden tatsächlich zahlen. Nur so wird die Mindestvergütung dazu führen, dass die Azubis auch tatsächlich mehr Geld in der Tasche haben. Das ist Politik für ein solidarisches Land!

2. ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir gehen in die Plenarwoche mit zwei wichtigen Kompromissen beim Kohleausstieg und der Information über Schwangerschaftsabbrüche sowie einer klaren Forderung bei der Mindestausbildungsvergütung.

Ergebnisse Strukturwandelkommission

Die Strukturwandelkommission hat am Freitag nach langem Ringen fast einstimmig einen Bericht mit Empfehlungen für einen geordneten Ausstieg aus der Kohleverstromung verabschiedet. Wichtig ist dabei, dass wir Klimaschutz zusammen bringen mit einem Strukturwandel, der die Betroffenen an die Hand nimmt und mit ihnen zusammen die Zukunft der Regionen gestaltet. Unser Konzept, aus Betroffenen Beteiligte zu machen, ist aufgegangen. Wir haben und werden mit den Betroffenen in den Revieren reden, nicht über sie.

Damit ist der Kohleausstieg aber noch lange nicht abgehakt. Der Vorschlag der Kommission muss jetzt umgesetzt werden. In Gesetze und Regierungshandeln. Wichtig ist, dass wir die Menschen in den Braunkohlerevieren dabei die ganze Zeit begleiten, die einzelnen Schritte erklären und diskutieren und mit Ihnen über ihre Zukunft sprechen.

Informationen über Schwangerschaftsabbrüche

Auch bei einem weiteren wichtigen Thema hat es in der Bundesregierung einen Kompromiss gegeben, der in Kürze die Fraktionen des Bundestages erreichen wird. Gestern ist der Entwurf eines „Gesetzes zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch“, welches auch eine Änderung des § 219a Strafgesetzbuch enthält, in die Ressortabstimmung gegangen.

Der Gesetzentwurf erfüllt die beiden Anforderungen, die wir an eine Neuregelung gestellt haben:

1. Dass Frauen sich in der persönlichen Notlage einer ungewollten Schwangerschaft darüber informieren können, wo sie einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen können.
- 2 Dass es Ärztinnen und Ärzten straffrei möglich ist, objektiv darüber zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen.

Außerdem können Ärztinnen und Ärzte weitere Informationen über einen Schwangerschaftsabbruch durch Hinweis, insbesondere eine Verlinkung in ihrem Internetauftritt, auf Informationsangebote neutraler Stellen wie einer Ärztekammer zugänglich machen.

Darüber hinaus enthält das Verhandlungsergebnis noch weitere Verbesserungen beim Zugang zu Verhütungsmitteln und der Fortbildung von Ärztinnen und Ärzten.

Ich freue mich sehr, dass wir in dieser für beide Seiten der Koalition wirklich schwierigen Frage einen Kompromiss gefunden haben, der die beiden Kernprobleme der bisherigen Regelung angeht und werde mich nun im parlamentarischen Verfahren für eine Mehrheit einsetzen.

Mindestausbildungsvergütung

Bei der Reform des Berufsbildungsgesetzes setzen wir uns für eine am Tarif orientierte Mindestvergütung von 80% der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütungen ein. Wir wollen einen echten Mindestlohn für Azubis und unterstützen damit die Forderungen der DGB-Jugend, mit der wir gemeinsam in den nächsten Wochen für unsere Vorstellungen werben werden.

Die Mindestausbildungsvergütung muss höher liegen als das Schüler-Bafög und an Tarifsteigerungen teilnehmen. Der Vorrang für bestehende tarifliche Regelungen muss bestehen bleiben, damit es nicht zu geringeren Vergütungen kommen kann.

So bekommen Auszubildende einen anständigen Lohn für ihre im Betrieb geleistete Arbeit und wir machen die Berufsausbildung attraktiver, um auch künftig genügend Auszubildende für offene Stellen gewinnen zu können.

Eure

Gez. Andrea Nahles

3. ZUR WOCHE

TOP 3: Jahreswirtschaftsbericht 2019 – Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum weiterhin positiv

Am Mittwoch beschließt das Kabinett den Jahreswirtschaftsbericht 2019 und im Anschluss daran findet am Donnerstag im Deutschen Bundestag die Aussprache zu den aktuellen konjunkturellen Entwicklungen statt. Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung bilanziert die zentralen wirtschaftspolitischen Entwicklungen des vergangenen Jahres und gibt einen Ausblick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2019.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach wie vor in einem konjunkturellen Aufschwung. Im Jahr 2018 ist sie weiter gewachsen und setzt damit den Trend der vergangenen zehn Jahre seit Ende der Banken- und Finanzkrise im Jahr 2008 fort: um 1,5 Prozent nahm das Bruttoinlandsprodukt zu. Die gute gesamtwirtschaftliche Lage zeigt sich insbesondere am Arbeitsmarkt. Der Beschäftigungsaufbau setzt sich ungehindert fort. Die Arbeitslosenquote hat mit 5,2 Prozent im Jahr 2018 den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung erreicht. Insgesamt waren 44,8 Millionen Menschen erwerbstätig. Den deutlichsten Zuwachs verzeichneten erneut die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse, die auf 32,9 Millionen anwuchsen. Insbesondere die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen konnte weiter abgebaut werden und erreichen ebenfalls einen sehr niedrigen Stand. Weil die Nettolöhne und -gehälter sowie die Renten weiter gestiegen sind und die Koalition die Bürgerinnen und Bürger bei Steuern und Abgaben entlastet, steigen die verfügbaren Einkommen deutlich an. Das hat, flankiert durch massive, von der SPD-Seite angestoßene Investitionen des Staates aus der letzten und laufenden Legislaturperiode vor allem in die Infrastruktur, positive Auswirkungen auf die Binnennachfrage, die eine wesentliche Stütze des konjunkturellen Aufschwunges ist. Darüber hinaus hat der Bund erneut keine neuen Schulden aufgenommen und konnte die gute Einnahmesituation für Zukunftsinvestitionen nutzen.

Für das Jahr 2019 wird erwartet, dass sich der Wachstumstrend fortsetzen wird. Allerdings werden die hohen Wachstumsraten der Jahre 2016 und 2017 voraussichtlich nicht erreicht. Da jedoch die Löhne und die verfügbaren Einkommen der Beschäftigten weiter steigen und Familien durch aktuell beschlossene Maßnahmen weiter entlastet werden, sind die binnenkonjunkturellen Rahmenbedingungen weiterhin sehr gut. Durch die kontinuierlichen Investitionen der Bundesregierung in Infrastrukturen, Kinderbetreuungsangebote, Pflege und die Digitalisierung, bleibt die Binnennachfrage

auch 2019 stabil. Das dürfte auch die sich abschwächende Weltwirtschaftsentwicklung und die zunehmenden handelspolitischen Herausforderungen für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes abfedern. Zugleich wird das von uns initiierte Fachkräfteeinwanderungsgesetz der vielfach von den Unternehmen beklagten Fachkräftelücken entgegenwirken. Insgesamt ist es begrüßenswert – aber auch überfällig – dass sich die Bundesregierung eine industriepolitische Gesamtstrategie geben will, um die wichtigsten Schlüsselbranchen, die für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft entscheidend sind, zu identifizieren.

TOP 5: Kultur in ländlichen Räumen stärken

Die Koalition verfolgt mit der „Agenda für Kultur und Zukunft“ das Ziel, die kulturellen Schätze der Regionen zu fördern und zu stärken und dadurch die Lebensqualität außerhalb von Metropolen weiter zu verbessern. Denn das Ziel der SPD ist, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu erreichen. Darum wird diese Woche im Bundestag der Antrag von CDU/CSU und SPD beraten, der die Bundesregierung zu mehr Anstrengungen in der Kulturförderung auffordert.

In dem Antrag wird deutlich gemacht, dass eine kulturelle Grundversorgung zur regionalen Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung gehört, z.B. durch Bibliotheken, Jugendeinrichtungen, Orte der Begegnung, Kinos, Theater, Museen, Konzerte und Ausstellungen. Es müsste allerdings noch viel mehr Angebote geben.

Da Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam die Verantwortung für kulturelle Teilhabe tragen, fordern wir zur Stärkung der Kultur im ländlichen Raum eine umfassendere Förderung und mehr Vernetzungen sowie Kooperation. Dazu gehört beispielsweise, dass die Bundesregierung sich in der neu gegründeten Kulturministerkonferenz engagiert, um die Stärkung der ländlichen Räume bei Projektvorhaben voranzubringen. Außerdem soll u. a. ein Konzept für ein Zukunftsprogramm Kino außerhalb von Metropolen vorgelegt werden, Künstlerinnen und Künstler in der Fläche verstärkt gefördert und Kultur sowie kulturelle Bildung für alle ermöglicht werden. Im Kontext der Stärkung der „dritten Orte“ soll geprüft werden, wie der Bund zum Erhalt der vielfältigen Bibliothekslandschaft und ihrer zunehmenden gesellschaftlichen Bedeutung beitragen kann.

In ländlichen Räumen fördern Kultur und das materielle und immaterielle Erbe den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die regionale Identität und die Lebensqualität der Menschen. Eine lebendige Kulturlandschaft stärkt die Bindung der Menschen an ihre

Region sowie auch untereinander und damit auch das Gemeinwesen. Eine gute Lebensqualität bringt Aufwind in den Regionen. Kultur spielt hier eine entscheidende Rolle.

TOP 7: Stromnetze für die Energiewende

Am Donnerstag berät der Bundestag in 1. Lesung das Gesetz zu Beschleunigung des Energieleitungsausbau (Netzausbaubeschleunigungsgesetz), mit dem die Infrastruktur für ein Gelingen der Energiewende gestärkt werden soll. Nur mit effizienten und modernen regionalen Verteil- und überregionalen Übertragungsnetzen lässt sich das Ziel der Koalition, 65 Prozent Anteil an erneuerbare Energien an der Stromerzeugung bis 2030, erreichen.

Die Stromleitungen in Deutschland müssen schneller ausgebaut werden als in der Vergangenheit, um die Ziele des Koalitionsvertrags umsetzen zu können. Das Gelingen der Energie-wende mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, dem optimalen Betrieb konventioneller Kraftwerke und dem internationale Stromhandel hängt wesentlich von dem Zustand und den Kapazitäten der Stromleitungen ab. Insbesondere Hoch- und Höchstspannungsleitungen sind erforderlich, um den Strom von Windkraftparks im Norden zu den Verbrauchszentren im Süden zu leiten. Nur dann können wir die Ausbauziele bei den regenerativen Energien erreichen. Darum sollen die Verfahren für Planung und Genehmigung für den Neubau, die Optimierung und Verstärkung von Stromleitungen, insbesondere für den Transport von Nord- nach Süd-deutschland, beschleunigt werden.

Es wird sichergestellt, dass die Öffentlichkeit weiterhin frühzeitig und umfassend beteiligt wird – während des gesamten Prozesses von der Netzentwicklungsplanung bis zur Planfeststellung. Inhaltliche Kriterien beim Stromleitungsausbau, die dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger, z. B. hinsichtlich magnetischer und elektrischer Felder, dienen, bleiben erhalten. Gleichzeitig werden entschädigungs-rechtliche Regelungen bundesweit vereinheitlicht, um vom Netzausbau betroffene Grundstücksbesitzerinnen und -besitzer zu entschädigen.

TOP 9 und 10: Vorbereitungen für unregelmäßigen Brexit treffen

Die Gesetzentwürfe, die wir unter TOP 9 und 10 in erster Lesung beraten, sollen Rechtssicherheit für den Fall eines unregelmäßigen Brexits schaffen. Denn mit einem

ungeregelten Aus-tritt des Vereinigten Königreichs aus der EU enden auch die Regelungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit sowie die Mitgliedschaft im Europäischen Währungs-raum (EWR).

Mit dem Brexit-Übergangsgesetz gewährleisten wir deshalb sozialen Schutz für Bürgerinnen und Bürger aus dem Vereinigten Königreich bzw. Deutschland, die u. a. Ansprüche in der Kranken-, Pflege-, Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung erworben und vor dem EU-Austritt Großbritanniens relevante Zeiten im Sinne der oben genannten Koordinierungsvorschriften zurückgelegt haben. Britische Staatsbürger, die vor dem 30. März 2019 einen Antrag auf Einbürgerung in die Bundesrepublik Deutschland gestellt haben, müssen nicht wie sonst üblich ihre britische Staatsbürgerschaft aufgeben. Umgekehrt verlieren Deutsche, die einen Antrag auf Einbürgerung in Großbritannien gestellt haben, nicht ihre deutsche Staatsangehörigkeit.

Das Brexit-Steuerbegleitgesetz enthält steuerliche und finanzmarktrechtliche Regelungen zur Begleitung des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU. Das Vereinigte Königreich wird ab dem 30. März 2019 bzw. bei einem Austrittsabkommen nach Ablauf der vereinbarten Übergangsfrist wie ein Drittstaat behandelt. Um unvorhergesehene Belastungen abzuwenden, sollen Sonderregelungen, die für EU-Sachverhalte eine günstigere Besteuerung vorsehen als für Nicht-EU-Sachverhalte, für Altfälle fortgelten. Auch sollen Unternehmen aus dem Finanz-sektor aus Großbritannien übergangsweise ihr Marktzugangsrecht behalten können, um Risiken für die Funktionsfähigkeit und Stabilität der Finanzmärkte zu vermeiden.

TOP 16: Debatte zu Forschungspolitik

Am Freitag debattieren wir im Plenum die „Hightech-Strategie 2025“ sowie die Rahmenprogramme „Forschung für die zivile Sicherheit 2018-2023“ und „Quantentechnologien – von den Grundlagen zum Markt“ der Bundesregierung. Mitberaten werden im Rahmen der einstündigen Debatte zudem das „Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2018“ sowie der „Bundesbericht Forschung und Innovation 2018“.

Die **Hightech-Strategie** wurde auf Drängen der SPD-Bundestagsfraktion bereits 2006 ins Leben gerufen und in der vergangenen Legislaturperiode zu einer ressortübergreifenden Innovationsstrategie für Deutschland weiterentwickelt. Sie formuliert das Ziel, den Aufwärtstrend bei Forschungsinvestitionen fortzusetzen und bis 2025 mindestens 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts dafür aufzuwenden. Besonders er-

freulich ist die Weiterentwicklung der Hightech Strategie von einer rein technologieorientierten Förderung hin zu einer ganzheitlichen Innovationsstrategie, die auch soziale Innovationen stärker in den Blick nimmt.

Im **Gutachten für Forschung und Innovation** empfiehlt die Expertenkommission der Bundesregierung, weiterhin in Forschung und Innovation zu investieren, um auch künftig die Rolle Deutschlands als führende Wirtschaftsnation zu sichern. In dem Zusammenhang formulieren die Experten Vorschläge zur steuerlichen Forschungsförderung, zur Schaffung einer „Agentur für radikale Innovationen“, zur Förderung von Fachhochschulen und zur Digitalisierung der Bildung.

Im **Bundesbericht Forschung und Innovation** stellt die Bundesregierung fest, dass Deutschland weltweit zu den führenden Innovationsnationen und attraktivsten Wissenschaftsstandorten zählt. Diese Erfolge gehen auf eine sozialdemokratische Forschungspolitik zurück: Der durch die SPD angeschobene Pakt für Forschung und Innovation trägt maßgeblich dazu bei, dass das Innovationsland Deutschland international anerkannt ist und bleibt. Mit dem im Koalitionsvertrag vereinbartem Ziel, bis 2025 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für F&E aufzuwenden, wird dieser erfolgreiche Weg fortgesetzt. Der Bericht zeigt jedoch auch auf, dass sich das innovationspolitische Umfeld in den vergangenen Jahren gewandelt hat und die aufstrebenden Schwellenländer im globalen Wettbewerb gegenüber den traditionellen Industrieländern aufholen.

Mit dem **Rahmenprogramm Forschung für die zivile Sicherheit 2018 - 2023** wird das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) pro Jahr rund 60 Millionen Euro für die zivile Sicherheitsforschung zur Verfügung stellen. Ziel der neuen Auflage des Forschungsprogrammes ist es, Bürgerinnen und Bürger besser vor Gefährdungen durch Naturkatastrophen, Terrorismus oder Kriminalität zu schützen. Zugleich sollen die Rettungs- und Einsatzkräfte durch neue Technologien und organisatorische Kompetenzen bestmöglich bei ihrer Arbeit unterstützt werden.

Mit dem neuen **Rahmenprogramm Quantentechnologien** fördert die Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode die Forschung im Zukunftsfeld der Quantentechnologien mit 650 Millionen Euro. Die Herausforderung ist, wissenschaftliche Erkenntnisse zur Quantenphysik in der Praxis nutzbar zu machen. Um das zu erreichen, will die Bundesregierung die Forschungslandschaft ausbauen und die Privatwirtschaft einbinden. Außerdem wird sie in erste abhörsichere Kommunikationsstrecken investieren und Fachkräfte ausbilden. So soll Deutschland beim Thema Quantentechnologien im internationalen Wettbewerb an der Spitze bleiben.